

mit Schwerpunkt Stock Option Watch

Unternehmenssteuerreform 2008: Überarbeiteter Entwurf senkt Belastung

Am 2. November 2006 haben sich Finanzpolitiker der Koalitionspartner auf einen Entwurf zu der für das Jahr 2008 geplanten Unternehmenssteuerreform geeinigt. Indem die Unternehmenssteuerbelastung auf nominal knapp unter 30 Prozent sinkt, soll die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland steigen. Gewinner sind mittelständische Unternehmen, da sie von den geplanten Gegenfinanzierungsmaßnahmen auf Unternehmensebene weitgehend verschont bleiben. Die Teilziele einer Stärkung der Rechtsform- und Finanzierungsneutralität der Besteuerung werden hingegen verfehlt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des ZEW und der Universität Mannheim.

bei der Zinsschranke greifen. Die geplante Abschaffung der degressiven Abschreibung zieht aufgrund des niedrigen Abschreibungskoeffizienten von 20 Prozent keine nennenswerten Mehrbelastungen nach sich.

Im internationalen Vergleich zwischen zwölf Staaten würde sich Deutschland damit um vier Positionen auf den siebten Rang verbessern. Auch eine Untersuchung weiterer Wirtschaftsbereiche zeigt, dass Deutschland durch die geplanten Maßnahmen im internationalen Steuerranking auf einen Platz im hinteren Mittelfeld vorrücken würde. Für größere Unternehmen dürften diese Entlastungen aufgrund des Überschreitens des Freibetrags/der Freigrenze hingegen geringer ausfallen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass mit der Einführung der Zinsschranke die Abzugsbeschränkungen für Zinsen auf Gesellschafterdarlehen (§ 8a KStG) entfallen.

Die geplante Abgeltungssteuer auf private Kapitalerträge vereinfacht die Steuererhebung und kann Besteue-

Die geplante Reform der Unternehmensbesteuerung

Entlastungen

- Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25% auf 15%,
- Senkung der Gewerbesteuermesszahl auf 3,5%,
- Anhebung des Anrechnungsfaktors der Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer von 1,8 auf 3,8,
- ermäßigter Einkommensteuersatz in Höhe von 28,25% für thesaurierte Gewinne für Personengesellschaften (Thesaurierungsrücklage),
- Einführung einer Abgeltungssteuer auf private Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne) in Höhe von 25% ab dem 1.1.2009.

Belastungen

- Wegfall des Betriebsausgabenabzugs der Gewerbesteuer,
- Ausweitung der Hinzurechnung von Zinsen bei der Gewerbesteuer auch auf Kurzfristzinsen sowie Hinzurechnung von Finanzierungsanteilen bei Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzen zu 25% mit einem Freibetrag von 100.000 Euro,
- Einführung einer Zinsschranke: Beschränkung des Zinsabzugs auf 30% des Gewinns vor Finanzierungskosten/-erträgen mit einer Freigrenze von 1 Mio. Euro; eine einheitliche Finanzierungsrelation aller Konzerneinheiten kann die Anwendung der Zinsschranke verhindern (sog. „Escape-Klausel“), im Gegenzug entfällt § 8a KStG,
- Abschaffung der degressiven Abschreibung,
- Besteuerung von Funktionsverlagerungen.

Quelle: ZEW

Die geplante Reform soll die Unternehmen in der tariflichen Steuerbelastung nach Angaben des Bundesministeriums der Finanzen um 30 Milliarden Euro entlasten. Damit das Steueraufkommen aber nur mit maximal 5 Milliarden Euro belastet wird, soll im Gegenzug die Bemessungsgrundlage verbreitert werden (siehe Tabelle).

Für die geplanten Maßnahmen zeigen Berechnungen, die das ZEW für eine mittelständische Kapitalgesellschaft des verarbeitenden Gewerbes mit Hilfe des

European Tax Analyzers durchgeführt hat, dass sich die effektive Steuerbelastung auf Ebene des Unternehmens, über einen Zeitraum von zehn Jahren gerechnet, um 24,82 Prozent auf 1.381.410 Euro spürbar verringern würde. Für Unternehmen dieser Größe schlagen die Tarifsenkungen voll durch, während wesentliche Elemente der vorgesehenen Gegenfinanzierungsmaßnahmen nicht wirksam werden, da der Freibetrag der gewerbesteuerlichen Hinzurechnungsvorschrift für Fremdkapitalentgelte und die Freigrenze

IN DIESER AUSGABE

Unternehmenssteuerreform 2008: Überarbeiteter Entwurf senkt Belastung	1
ZEW-Finanzmarkttest: Deutscher Aktienmarkt ist derzeit fair bewertet	2
Innovationen: Kooperationen beeinflussen Unternehmenserfolg positiv	3
Gesamtkostenquote für Investmentfonds seit 2001 in Europa leicht gestiegen	4
Wirtschaftspolitik aus erster Hand	5
Termine, Neuerscheinungen	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

rungslücken schließen. Aufgrund ihrer mangelhaften Abstimmung mit der Unternehmensbesteuerung widerspricht sie jedoch dem Ziel einer Verbesserung der Finanzierungsneutralität der Besteuerung, da die Belastung von Unternehmensgewinnen den geplanten Abgeltungssteuersatz von 25 Prozent für Zins-einkünfte übersteigt. So wird Eigenkapitalfinanzierung diskriminiert, was die Anreize, am Standort Deutschland zu investieren, beeinträchtigt. Die Abgeltungssteuer führt zudem nicht zwingend zu einer Entlastung von Gewinnausschüttungen, da im Gegenzug das Halbeinkünfteverfahren wegfällt. ZEW-Berechnungen unter Einbeziehung der Anteilseigner ergeben, dass auf der für mittelständische Unternehmen relevanten Gesamtebene die Belastung nur um 9,81 Prozent auf 2.302.746 Euro sinkt.

Mit der Aufnahme weiterer substanzsteuerlicher Elemente in die Bemessungs-

ungsgrundlage der Gewerbesteuer wurde zusätzlich die steuersystematisch überzeugende Chance vertan, durch die Übernahme der Körperschaftsteuerlichen Bemessungsgrundlage für Zwecke der Gewerbesteuer die Besteuerung zu vereinfachen. Stattdessen entfernen sich die beiden Bemessungsgrundlagen durch die Ausweitung der Hinzurechnung von Zinsen bei der Gewerbesteuer auch auf Kurzfristzinsen sowie von Finanzierungsanteilen bei Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzen zunehmend voneinander.

Ebenfalls verfehlt wird das Teilziel der Verbesserung der Rechtsformneutralität der Besteuerung. Die vorgesehene The-saurierungsrücklage für Personengesellschaften, welche die Einkommensteuerbelastung einbehaltener Gewinne auf 28,25 Prozent zuzüglich Solidaritätszuschlag begrenzen soll, stellt keinen Ausweg aus diesem Dilemma dar.

Äußerst kompliziert dürfte sich die Besteuerung von Funktionsverlagerungen gestalten, der von der Arbeitsgruppe ein nicht unerhebliches Gegenfinanzierungspotenzial eingeräumt wird. Dies ist zum einen auf die erweiterten Aufzeichnungs- und Mitwirkungspflichten der Steuerpflichtigen zurückzuführen. Zum anderen sind die notwendige Bewertung des im Zusammenhang mit Funktionsverlagerungen übertragenen Gewinnpotenzials und der daraus zu erwartende Korrekturbedarf aufgrund abweichender tatsächlicher Gewinne mit bisher nicht überschaubaren Schwierigkeiten behaftet. Nicht übersehen werden dürfen überdies die Anzeichen, dass die Pläne zur Besteuerung von Funktionsverlagerungen an mangelnder EU-Rechtskonformität scheitern könnten.

Prof. Dr. Christoph Spengel, spengel@uni-mannheim.de

Timo Reister, reister@zew.de

ZEW-Finanzmarkttest: Deutscher Aktienmarkt ist derzeit fair bewertet

Eine Befragung von 270 Finanzmarktexperten durch das ZEW ergab, dass fast zwei Drittel von ihnen das aktuelle Bewertungsniveau des deutschen Aktienmarkts für fundamental gerechtfertigt halten. Ein Viertel der Analysten ist allerdings der Ansicht, dass der deutsche Aktienmarkt nach wie vor zu niedrig bewertet ist, während nur ein kleiner Anteil von 13 Prozent den aktuellen Bewertungsstand als zu hoch ansieht.

Das ZEW hatte das derzeitige Bewertungsniveau des DAX – seit Beginn des Jahres ist der Wert des deutschen Aktienindex DAX um etwa 18 Prozent gestiegen – als Anlass genommen, um zu untersuchen, wie die Teilnehmer am ZEW-Finanzmarkttest ihre Aktienmarkt-erwartungen bilden. An der Befragung nahmen rund 270 Finanzanalysten teil.

Neben der Meinung zum aktuellen Bewertungsniveau gaben die Analysten zu ihren eigenen Aktienmarktprognosen Auskunft, die sie monatlich für die Umfrage des ZEW-Finanzmarkttests abgeben. Zunächst sollten sie einschätzen, wie hoch die Treffergenauigkeit ihrer Aktienmarktprognosen in der Vergangenheit war. Eine deutliche Mehrheit hat großes Vertrauen darin, dass die eigene Prognose durch die entsprechende folgende Marktentwicklung bestätigt wird. So geben gut zwei Drittel der Analysten an, dass ihre Treffergenauigkeit in der Vergangenheit größer war als 50 Prozent. Lediglich ein geringer Anteil der Analysten hält die Treffersicherheit der eigenen Prognosen für geringer als 25 Prozent.

Ferner wurde nach Bestimmungsfaktoren gefragt, die für die Aktienmarkt-einschätzungen der Analysten besonders

wichtig sind. Besonderes Augenmerk legen die Analysten gemäß ihren Angaben auf fundamentale Faktoren. Dazu zählen beispielsweise Bewertungsmaße wie Gesamtmarkt-Dividendenrendite oder Gesamtmarkt-Kurs/Gewinn-Verhältnis, aber auch die makroökonomische Entwicklung. Besonderes Augenmerk legen die Analysten auf die Zinsentwicklung. Die Entwicklung des Index in der Vergangenheit ist zwar ebenfalls für viele der Analysten wichtig, allerdings schätzen sie ihre Bedeutung deutlich geringer ein als die fundamentaler Faktoren. Eine eher untergeordnete Rolle spielt die Orientierung an anderen Analysten oder die Abweichung der eigenen Einschätzung von der allgemeinen Einschätzung in der Vorperiode.

Andreas Schrimpf, schrimpf@zew.de
Qingwei Wang, wang@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Innovationen: Kooperationen beeinflussen Unternehmenserfolg positiv

Kooperationen mit anderen Unternehmen oder mit der Wissenschaft im Zusammenhang mit Innovationsaktivitäten wirken sich positiv auf den Erfolg eines Unternehmens mit marktneuen Produkten und Prozessinnovationen aus. Dies ist das Ergebnis einer neuen ZEW-Studie mit den Daten des Mannheimer Innovationspanels.

In den vergangenen Jahren haben Kooperationen im Zusammenhang mit Innovationsaktivitäten („Innovationskooperationen“) stark an Bedeutung gewonnen. Kürzere Produktlebenszyklen, zunehmende Komplexität und der internationale Wettbewerb haben dazu geführt, dass immer weniger Unternehmen alles Wissen und alle Ressourcen, die nötig sind, um innovative Produkte und Prozesse zu entwickeln, selbst besitzen. Sie suchen daher nach Partnern für ihre Innovationsvorhaben.

Zusätzlich hat die Politik eine Reihe von Förderprogrammen für Innovationsaktivitäten entwickelt, die darauf abzielen, den Austausch von Wissen zwischen Unternehmen oder Unternehmen und der Wissenschaft zu fördern. Unternehmen können ferner interne Anreize haben, bei Innovationsprojekten zu kooperieren, wenn sie erwarten, dass die Kooperation ihren Erfolg erhöht.

Eine ZEW-Untersuchung (ZEW Discussion Paper No. 06-059) auf Basis der Daten des Mannheimer Innovationspanels zeigt, dass die Unternehmen in Deutschland, die in den Jahren 2001 bis 2003 an Innovationskooperationen beteiligt waren, tatsächlich erfolgreicher sind als nicht kooperierende Unternehmen. Dies gilt sowohl für den Erfolg mit marktneuen Produkten als auch für den Erfolg von innovativen Prozessen. Erfolg ist dabei definiert als der Umsatz im Jahr 2004, der auf marktneue Produkte zurückgeht, beziehungsweise als der Anteil der Kostenersparnis, der im Jahr 2004 aufgrund



Foto: BASF AG

von Prozessinnovationen erzielt wurde. Überraschend ist, dass es bei dem Umsatzanteil, der auf Produkte zurückgeht, die neu für das Unternehmen, nicht aber für den Markt sind, keinen Unterschied zwischen kooperierenden und nicht kooperierenden Unternehmen gibt. Bei weniger innovativen Produkten und Imitationen scheint also eine Innovationskooperation keinen messbaren Effekt auf den Erfolg zu haben.

Innovationskooperationen mit verschiedenen Partnern

Eine Unterscheidung der Innovationskooperationen nach den Partnern Wettbewerber, Zulieferer, Kunden und Universitäten oder Forschungseinrichtungen erlaubt eine detailliertere Untersuchung der Einflüsse von Kooperationen auf den Erfolg der Unternehmen mit Produkt- und Prozessinnovationen. Für Produkte, die neu für das Unternehmen, nicht aber für den Markt sind, lässt sich selbst bei der Aufspaltung in die vier Kooperationspartner kein positiver Einfluss auf den Erfolg feststellen. Der Umsatz, der im Jahr 2004 auf marktneue Produkte zurückgeht, wird dagegen positiv von Innovationskooperationen mit Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen beeinflusst. Dies unterstreicht die Bedeutung von (technologischem) Grundlagenwissen für die Entwicklung

hochinnovativer Produkte. Die Analyse zeigt zudem, dass ein hoher Anteil an FuE-Beschäftigten einen positiven Effekt auf den Umsatzanteil mit marktneuen Produkten hat. Es ist also wichtig, internes Wissen und FuE-Ergebnisse mit denen von Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen zu verbinden, um erfolgreich zu sein.

Bei Kooperationen mit Wettbewerbern fallen die Kosteneinsparungen durch Prozessinnovationen überdurchschnittlich hoch aus. Innovationskooperationen mit Zulieferern, Kunden und Universitäten oder Forschungseinrichtungen führen dagegen im Mittel nicht zu Kostenersparnissen durch Prozessinnovationen, die über denen von Unternehmen ohne Innovationskooperationen liegen.

Kunden und Lieferanten wurden häufig als wichtigste Informationsquellen für neue und innovative Produkte und Prozesse von den befragten Unternehmen genannt. Eine Zusammenarbeit mit Kunden und Lieferanten in Form einer Innovationskooperation führt aber nicht zu einem überdurchschnittlichen Erfolg im Vergleich zu nicht kooperierenden Unternehmen. Dies legt die Vermutung nahe, dass das Wissen der Kunden und Lieferanten auch dann effektiv genutzt werden kann, wenn es über andere Kanäle als Innovationskooperationen zu den Unternehmen in Deutschland gelangt.

Tobias Schmidt, schmidt@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Gesamtkostenquote für Investmentfonds seit 2001 in Europa leicht gestiegen

Die Gesamtkostenquote für Investmentfonds (Total Expense Ratio, TER), die die Summe der laufenden Fondskosten als Prozentsatz des durchschnittlichen Fondsvolumens innerhalb eines Geschäftsjahres ausdrückt, ist in den vergangenen vier Jahren in einigen europäischen Ländern gestiegen. Im europäischen Durchschnitt sind die Fondgebühren allerdings beinahe unverändert geblieben. Dies hat das ZEW im Rahmen des Projekts „Current Trends in the European Asset Management Industry“ festgestellt. Die Europäische Kommission hatte das ZEW mit der Analyse wichtiger Indikatoren auf dem Markt für Asset-Management-Produkte beauftragt.

Das ZEW geht in seiner Analyse von der folgenden, für alle EU Länder gleichen und über die Jahre konstant bleibenden Portfoliostruktur aus, die die durchschnittliche Fondsallokation in Europa im Jahr 2001 darstellt: Aktienfonds 55 Prozent, Anleihefonds 15 Prozent, Geldmarktfonds 20 Prozent, Mischfonds 7 Prozent und Dachfonds 3 Prozent. Unter diesen Voraussetzungen hat das ZEW eine leicht gestiegene durchschnittliche Gesamtkostenquote in der EU berechnet, gewichtet mit dem Fondsvolumen von 1,2 Prozent im Jahr 2001 auf 1,3 Prozent im Jahr 2005.

Seit 2001 sind die Gebühren, die den Ausgabeaufschlag nicht enthalten, für das Musterportfolio in Deutschland, Großbritannien, Österreich, den Niederlanden, Dänemark und Polen gestiegen. Spanien ist das einzige Land, in dem die Fondskosten im gesamten Untersuchungszeitraum kontinuierlich gesunken sind. Allerdings bleibt Spanien neben Italien nach wie vor eines der teuersten Länder für die Fondsanleger. Auf Grund der relativ niedrigeren Kosten in Finnland, Schweden, Belgien und den Niederlanden wird oft von einem Nord-Süd-Gefälle bei der Betrachtung der durchschnittlichen TERs gesprochen. Eine Ausnahme ist der französische Markt, der durch ein konstantes, relativ niedriges Kostenniveau gekennzeichnet ist.

Leicht sinkende Kosten hat das ZEW für 2004 und 2005 für das Portfolio aus Fonds identifiziert, die in Luxemburg und Irland beheimatet sind und europaweit vertrieben werden. Allerdings sind die

Die Kosten für Anleihefonds in Europa sind seit 2001 im Durchschnitt von 0,89 Prozent auf 0,86 Prozent marginal gesunken. Am stärksten sanken die Kosten in Spanien mit 40 Basispunkten, gefolgt von Irland mit 30 Basispunkten. Die Anleihefonds im Vereinigten Königreich befinden sich im Gegensatz zu den Aktienfonds zusammen mit den Fonds in

Total Expense Ratios (konstante Portfoliostruktur für alle Länder und Jahre)*

	2001	2002	2003	2004	2005
Belgien	1,00%	1,07%	1,16%	1,17%	1,12%
Dänemark	0,79%	0,97%	0,98%	1,02%	1,06%
Deutschland	1,00%	1,05%	1,06%	1,09%	1,11%
Finnland	0,95%	1,12%	1,21%	1,26%	1,25%
Frankreich	0,97%	0,99%	1,00%	0,99%	1,00%
Vereinigtes Königreich	1,08%	1,11%	1,13%	1,16%	1,15%
Irland, Luxemburg	1,45%	1,38%	1,39%	1,35%	1,33%
Italien	1,45%	1,44%	1,47%	1,53%	1,53%
Niederlande	0,56%	0,69%	0,70%	0,73%	0,82%
Österreich	1,06%	1,07%	1,08%	1,13%	1,17%
Polen	1,17%	1,16%	1,26%	1,31%	1,41%
Schweden	1,04%	1,06%	1,07%	1,04%	1,12%
Spanien	1,68%	1,65%	1,60%	1,56%	1,52%
EU (13+1)	1,22%	1,27%	1,29%	1,30%	1,30%

Quelle: Lipper, Feri FMI Fund File, ZEW-Berechnungen

* in Prozent des verwalteten Fondsvermögens

Gebühren für dieses Portfolio weiterhin höher als im EU Durchschnitt.

Anstieg bei Aktienfonds, Rückgang bei Anleihefonds

Die Analyse der Aktienfonds ergab einen leichten Anstieg des europäischen Durchschnitts der TERs von 1,59 Prozent in 2001 auf 1,73 Prozent in 2005. Diese Zunahme ist insbesondere auf die gestiegenen Gesamtkosten in Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Deutschland zurückzuführen. Die höchsten durchschnittlichen Gebühren mit teilweise mehr als 2 Prozent weisen Aktienfonds in Spanien, Luxemburg und Italien auf. Die TERs in den zwei wichtigen Aktienfondsmärkten Irland und Luxemburg sind seit 2003 gesunken, dabei sind die Fonds in Irland deutlich günstiger als die in Luxemburg (1,4 Prozent beziehungsweise 1,9 Prozent in 2005).

Italien und Irland im oberen Kostenbereich. Im Jahr 2005 waren mit 0,58 Prozent belgische Rentenfonds sowie mit 0,59 Prozent schwedische und österreichische Produkte am günstigsten, obwohl sich österreichische Fonds in den vergangenen Jahren leicht verteuert haben.

Bei den mit dem verwalteten Fondsvermögen gewichteten TERs für Geldmarktfonds fällt neben dem allgemein niedrigen Niveau der durchschnittlichen Kostenquote von 0,4 Prozent in 2005, der Trend zu moderat sinkenden Gebühren in den meisten Ländern auf. Ferner zeigt sich bei einem Ländervergleich ein ähnliches Bild wie für Aktien- und Anleihefonds: Französische und österreichische Produkte liegen mit 0,25 Prozent und 0,33 Prozent im unteren Gebührensegment, besonders teuer sind spanische und italienische Produkte mit 0,97 Prozent beziehungsweise 0,72 Prozent.

Mariela Borell, borell@zew.de

Widerstreitende Interessen – ungenutzte Chancen

ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz stellte im Rahmen der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ das neue Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor. Die Vorträge des „Wirtschaftswissenschaften“ fanden im November und Dezember 2006 in den Räumen der Baden-Württembergischen Bank in Stuttgart und in den baden-württembergischen Landesvertretungen in Brüssel und Berlin statt.

Zunächst skizzierte Franz, wie der Sachverständigenrat die derzeitige wirtschaftliche Lage in Deutschland und die Perspektiven für das Jahr 2007 beurteilt. Im Jahr 2006 habe die konjunkturelle Belebung erstmals die Binnenwirtschaft erreicht. Haupttriebkraft sei die Exporte, die private Investitionsnachfrage und die privaten Konsumausgaben. Der private Konsum aber werde dabei in diesem Jahr durch Vorzieheffekte aufgrund der Erhöhung des Umsatzsteuersatzes um drei Prozentpunkte zum 1. Januar 2007 überzeichnet. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) habe so stark zugenommen wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Besonders erfreulich sei, dass die konjunkturelle Belebung auf den Arbeitsmarkt übergreife. Dies zeige sich nicht nur in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit um rund 330.000 Personen, sondern auch daran, dass die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2006 erstmals wieder zugenommen habe, erläuterte Franz. Für das Jahr 2007 rechnet der Sachverständigenrat nicht mit einem Einbruch der Konjunktur. Vielmehr soll das BIP im Jahr 2007 um 1,8 v.H. steigen.

Im weiteren Verlauf seines Vortrags ging Franz auf die Lage am Arbeitsmarkt, die Reform der Systeme der sozialen Sicherung und die Unternehmensbesteuerung ein. Zwar helle sich die Lage am Arbeitsmarkt im Zuge der konjunkturellen



ZEW-Präsident Franz bei seinem Vortrag in Stuttgart.

Belebung auf. Das Grundübel des deutschen Arbeitsmarkts, die hohe und verfestigte Sockelarbeitslosigkeit, werde aber selbst durch eine länger anhaltende gesamtwirtschaftliche Belebung nicht geheilt. Hauptproblemgruppen des Arbeitsmarkts seien die Geringqualifizierten und die Langzeitarbeitslosen.

Handlungsbedarf auf dem Arbeitsmarkt

Den Geringqualifizierten kann nach Ansicht von Franz ein wirksames Kombilohnmodell helfen, beispielsweise nach dem Modell des Sachverständigenrats. Der Leitgedanke dieses Modells sei, den Anspruch auf Unterstützungsleistungen in Höhe des bisherigen Arbeitslosengelds II von der aktiven Suche nach einem Arbeitsplatz und der Aufnahme einer Arbeit abhängig zu machen.

Den Langzeitarbeitslosen wiederum könne neben einem wirksamen Kombilohnmodell eine höhere Dynamik auf dem Arbeitsmarkt helfen. Vor allem die hiesigen Regelungen zum Kündigungsschutz stünden dem aber entgegen. Der Sachverständigenrat habe daher einen Reformvorschlag zur Flexibilisierung des Kündigungsschutzes unterbreitet, der

vorsehe, den Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen aus dem Kündigungsschutzgesetz zu streichen und stattdessen einen von der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängigen verbindlichen Abfindungsanspruch zu gewähren.

Bei der sozialen Sicherung gehören laut Franz zu den begrüßenswerten Schritten der Bundesregierung die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters, die Senkung des Beitragsatzes zur Arbeitslosenversicherung und die ausgabenseitigen Reformen der gesetzlichen Krankenversicherung. Auf der anderen Seite stünden die misslungene und im Ergebnis kontraproduktive Reform der Finanzierungsseite der Krankenversicherung. Die dringliche Reform der Pflegeversicherung sei bisher vollkommen ausgeblendet worden.

Bei der Finanzpolitik der Bundesregierung sei die Bilanz durchwachsen. Bei einer Reform der Unternehmensbesteuerung gehe es vor allem darum, die steuerlichen Standortbedingungen zu verbessern und die Rechtsform- und Finanzierungsneutralität weitgehend zu sichern. Der Vorschlag des Sachverständigenrats zu einer „dualen Einkommensteuer“ erfülle beide Kriterien.

Katrin Voß, voss@zew.de

TERMINE

ZEW Summer Workshop 2007: The Economics of Information and Communication Technologies – A European and International Perspective

Das ZEW veranstaltet vom 12. bis 15. Juni 2007 den 9. ZEW Summer Workshop, der talentierten Nachwuchswissenschaftlern und erfahrenen Wissenschaftlern ein Diskussionsforum bieten will. Diesmal stehen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Vordergrund. Nachwuchswissenschaftler können bis zum 1. Februar 2007 Papiere einreichen.

Themen sind:

- IKT und Arbeitsmarkt
- Produktivitätseffekte von IKT
- Regulierung von Netzsektoren
- IKT aus einer europäischen und vergleichenden Perspektive
- Digitale Märkte

Vorträge der folgenden Wissenschaftler sind geplant:

- Michael Baye, Indiana University, Bloomington, USA
- Lex Borghans, ROA, Maastricht University, Netherlands
- Martin Peitz, International University, Bruchsal

Auch im kommenden Jahr wird der Heinz-König-Young-Scholar-Award an einen Nachwuchswissenschaftler für das beste Papier des ZEW Summer Workshops verliehen. Den Preis stiftet im Jahr 2007 die BASF AG. Die mit einem Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro und einem Forschungsaufenthalt am ZEW verbundene Auszeichnung erinnert an Heinz König, den Gründungsdirektor des ZEW.

Weitere Informationen im Internet: www.zew.de/summerworkshop2007 oder bei Dr. Marianne Saam, E-Mail summer-ict@zew.de

EXPERTENSEMINARE

- 24./25.1.2007 Presenting in English – Prepare yourself for an international audience
- 8.2.2007 Plan- und Berichtswesen – Ein pragmatischer Ansatz
- 8./9.2.2007 Ökonometrie – Eine praxisorientierte Einführung (*Berlin*)
- 1./2.3.2007 Discrete Choice-Analyse – Grundlagen und Anwendungen: Angewandte multiattributive Discrete Choice-Analyse
- 6.3.2007 Wettbewerbsanalyse (Competitive Intelligence)
- 7./8.3.2007 Econometrics in Action – Introduction to Econometrics (*Brüssel*)
- 12.3.2007 Risikomanagement und Risikomessung
- 14.3.2007 Pflichten der Geschäftsführer, Vorstände und Aufsichtsräte im Rahmen der Rechnungslegungsvorschriften
- 15.3.2007 Experimentelle Wirtschaftsforschung – Methodische Grundlagen und Anwendungsbeispiele
- 20.3.2007 Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren
- 26.3.2007 Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm: Finanzmarkt-Ökonometrie: Vektor Autoregressive Modelle
- 27.3.2007 Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm: Finanzmarkt-Ökonometrie: Nicht-stationäre Zeitreihen und Kointegration
- 28.3.2007 Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm: Finanzmarkt-Ökonometrie: Erstellung von Prognosemodellen

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/Weiterbildung
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 06-066, Bernd Fitzenberger, Karsten Kohn, Qingwei Wang: The Erosion of Union Membership in Germany: Determinants, Densities, Decompositions.

No. 06-067, Thiess Büttner, Michael Overesch, Ulrich Schreiber, Georg Wamser: Taxation and Capital Structure Choice – Evidence from a Panel of German Multinationals.

No. 06-068, Thiess Büttner, Michael Overesch, Ulrich Schreiber, Georg Wamser: The Impact of Thin-Capitalization Rules on Multinationals' Financing and Investment Decisions.

No. 06-069, Rainer Frey, Katrin Husinger: The Role of Technology in M&As: A Firm-Level Comparison of Cross-Border and Domestic Deals.

No. 06-070, Ulrich Kaiser, Wolfgang Sofka: The Pulse of Liability of Foreignness Dynamic Legitimacy and Experience Effects in the German Car Market.

No. 06-071, Eren Inci: Success Breeds Success Locally: A Tale of Incubator Firms.

No. 06-072, Michael Overesch, Ulrich Schreiber: Does Accounting for Taxes on Income Provide Information About Tax Planning Performance? – Evidence from German Multinationals.

No. 06-073, Christoph Böhringer, Patrick Jochem: Measuring the Immeasurable: A Survey of Sustainability Indices.

No. 06-074, Melanie Arntz, Ralf Sacchetto, Alexander Spermann, Susanne Steffes, Sarah Widmaier: The German Social Long-Term Care Insurance – Structure and Reform Options.

No. 06-075, Michael Overesch, Georg Wamser: German Inbound Investment, Corporate Tax Planning, and Thin-Capitalization Rules – A Difference-in-Differences Approach.

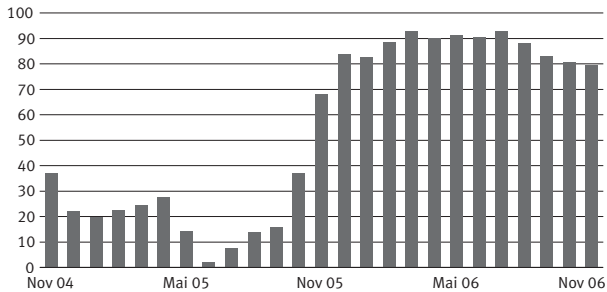
No. 06-076, Melanie Arntz, Stefan Boeters, Nicole Gürtzgen, Stefanie Schubert: Analysing Welfare Reform in a Microsimulation-AGE Model: The Value of Disaggregation.

No. 06-077, Henrik Winterhager: Determinanten der Arbeitslosigkeitsdauer – Neue Erkenntnisse aus der IEB?

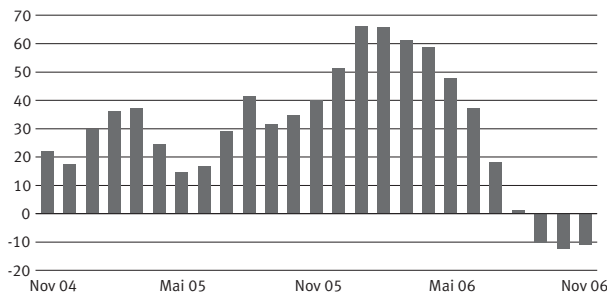
No. 06-078, Rainer Klump, Marianne Saam: Calibration of Normalised CES Production Functions in Dynamic Models.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im November 2006



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Zinserhöhungserwartungen stabil

Der Preisdruck im Euroraum ist ersten Schätzungen zufolge im Oktober erneut gesunken. Dennoch hat die EZB Anfang November ihre Wachsamkeit hinsichtlich künftiger Inflationsgefahren betont. Diese entstehen zum einen aus dem dynamischen Wachstum der Geldmenge und der Kreditvergabe. Zum anderen sieht die EZB Preisrisiken durch Zweitrundeneffekte, die aus einer Erhöhung der indirekten Steuern und administrierten Preisen 2007 resultieren könnten. Insgesamt sinken daher die Zinserhöhungserwartungen nur um 1,2 auf 79,4 Punkte.

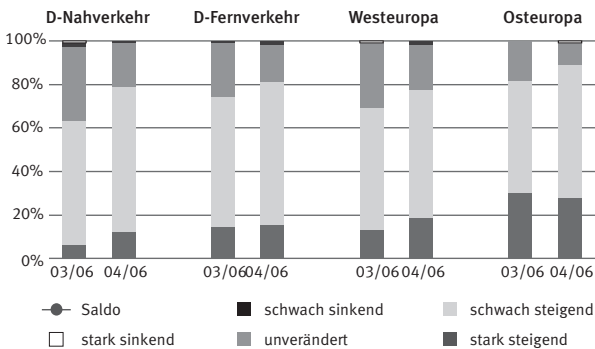
Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Konjunktur im Euroraum: Erste positive Signale

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum zeigen im November erstmals seit Beginn dieses Jahres aufwärts. Der Indikator zur konjunkturellen Lage in sechs Monaten steigt um 1,5 auf -11,0 Punkte. Anlass zu Optimismus geben ein niedriger Ölpreis, eine gute Auftragslage der Unternehmen und eine dynamische Investitionsnachfrage. Die Erwartungen werden jedoch von der prognostizierten Wachstumsverlangsamung der Weltwirtschaft und der restriktiveren deutschen Fiskalpolitik im kommenden Jahr überschattet.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Expertenerwartungen bei Transportaufkommen so zuversichtlich wie zuletzt im Jahr 2000

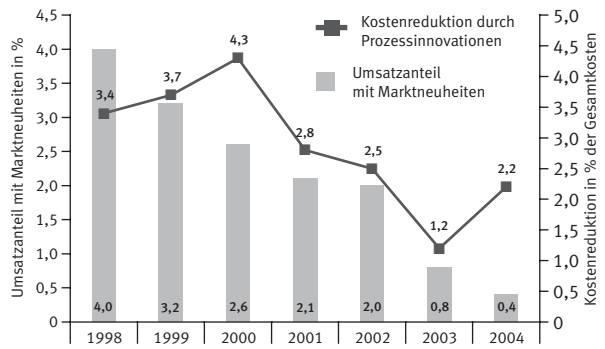


Quelle: ZEW

Das Stimmungsbild im Straßengüterverkehr ist im vierten Quartal 2006 so gut wie lange nicht mehr: Zuletzt erwarteten die Experten des TransportmarktBarometers von Prog-Trans/ZEW im vierten Quartal 2000 in einer derartigen Mehrheit steigende Transportmengen. Selbst im nationalen Nah- und Fernverkehr rechnen derzeit mehr als drei Viertel der Befragten mit einer Zunahme des Frachtaufkommens. Aufgrund der bereits eintretenden Laderaumknappheit führt dies jedoch auch zu einer deutlichen Preissteigerungserwartung. So gehen etwa 90 Prozent der Befragten von steigenden Preisen im kommenden Halbjahr aus.

Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de

Unternehmensdienstleister senken Kosten mit Prozessinnovationen



Quelle: ZEW

Die Unternehmensdienstleister haben 2004 mit Prozessinnovationen ihre Gesamtkosten in Höhe von 2,2 Prozent gesenkt. Verglichen mit dem Vorjahr war der Kostensenkungsanteil damit fast doppelt so hoch. In den Jahren 1998 bis 2002 erzielten die Unternehmensdienstleister allerdings noch merklich höhere Rationalisierungserfolge. Dagegen bot die schwache Marktentwicklung auch 2004 kaum Anreiz für die Einführung von Produktinnovationen. Der Umsatzanteil, der mit Dienstleistungen erzielt wurde, die erstmals im Markt angeboten wurden, lag denn auch mit 0,4 Prozent so niedrig wie noch nie seit 1998.

Heide Löhlein, loehlein@zew.de

STANDPUNKT



Arbeitslosenversicherung

Auf den ersten Blick mag es sich fair oder gerecht, zumindest aber plausibel anhören und vermutlich des Beifalls vieler Bürger gewiss sein: Wer während eines langen Erwerbslebens treu und brav Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichtet hat, soll bei Arbeitslosigkeit nicht mit derselben Bezugsdauer des Arbeitslosengelds abgespeist werden wie diejenigen Arbeitslosen, die erst eine relativ kurze Zeit in diese Versicherung eingezahlt haben. Also liegt die wirtschaftspolitische Handlungsempfehlung scheinbar auf der Hand, nämlich die Dauer der Anspruchsberechtigung auf Arbeitslosengeld von der Länge der Einzahlungsperiode abhängig zu gestalten, dies dann allerdings aufkommensneutral.

Ein solcher Vorschlag seitens prominenter Politiker führt indes in die Irre, und zwar aus einer Reihe von Gründen. Zunächst: Die Arbeitslosenversicherung ist eine Risikoversicherung und keine Ansparversicherung. Man versichert sich, wenn gleich in begrenztem Umfang, gegen den Einkommensverlust bei Arbeitslosigkeit. Von daher gesehen ähnelt sie einer Krankenversicherung, die für die finanziellen Folgen einer Krankheit etwa in Form von Arzt- und Apothekenrechnungen aufkommt, gegebenenfalls ebenso wie die Arbeitslosenversicherung in begrenztem Umfang. Die Leistungen der Krankenversicherung richten sich nach medizinischen Notwendigkeiten und nicht danach, wie lange die Mitgliedschaft bereits bestanden hat, von Wartezeiten einmal abgesehen. Analoges gilt beispielsweise für die Hausratsversicherung. Sind diese Versicherungen ungerecht?

Des Weiteren: Wie empirische Studien gut belegen, führt eine großzügiger bemessene Bezugsdauer des Arbeitslosengelds kausal zu einer längeren Dauer der Arbeitslosigkeit, fördert damit also das Entstehen von Langzeitarbeitslosigkeit. Eine solche Entwicklung ist nicht zuletzt angesichts des – auch im internationalen Vergleich – hohen Anteils von Langzeitarbeitslosen am Bestand aller Arbeitslosen (rund 40 v.H.) höchst unerwünscht.

Schließlich: Hinter der geforderten, für sich genommen richtigen Aufkommensneutralität steckt eine Verschiebung zu Lasten der Arbeitslosen, deren Beitragspflicht erst eine vergleichsweise kurze Zeitspanne umfasst, mithin in erster Linie Jugendliche. Das mag mit dem Vorschlag billigend in Kauf genommen worden oder sogar gewollt sein. Dann sollte es aber der Redlichkeit halber auch gesagt werden.

So wie er in der Öffentlichkeit vorgetragen wird, ist der Vorschlag abzulehnen. Dies schließt weitergehende Pläne, die in dieselbe Richtung zielen, nicht von vorneherein aus. Beispielsweise könnte die Bundesagentur für Arbeit freiwillige Zusatztarife anbieten, denen zufolge die Versicherten ein Arbeitslosengeld über die gesetzliche Dauer der Anspruchsberechtigung hinaus erhalten. Die Kosten dafür trägt der Arbeitnehmer. Private Versicherungen als Anbieter solcher Zusatzversicherungen wären nicht ausgeschlossen, obwohl es angesichts des systemischen Risikos einer Arbeitslosigkeit – unter anderem bei schweren Rezessionen oder gar Depressionen – fraglich ist, ob ein diesbezüglicher privater Versicherungsmarkt überhaupt zustande kommt.

Eine noch weitergehende Idee zur Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung läuft darauf hinaus, die Beiträge jedes Arbeitnehmers zur Arbeitslosenversicherung auf einem individuellen Konto gutzuschreiben. Bleibt den Betroffenen Arbeitslosigkeit erspart, wird ihnen der volle Betrag bei Beendigung ihres Erwerbslebens ausgezahlt. Andernfalls wird das Konto mit den ausgezahlten Arbeitslosengeldern belastet, gegebenenfalls gerät es ins Defizit. Damit besteht für den Arbeitnehmer ein stärkerer Anreiz als bisher, Arbeitslosigkeit möglichst zu vermeiden oder ihre Dauer zu verkürzen. Weist das Konto bei Ausscheiden des Arbeitnehmers aus dem Arbeitsmarkt immer noch rote Zahlen auf, springt eine staatliche Unterstützungszahlung – etwa in Gestalt des Arbeitslosengelds II – ein, analog wie jetzt.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2006